

Presseaussendung der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft (UBG) und der Vorarlberger LehrerInneninitiative (VLI)

Lauterach, 01. April 2016

UBG und VLI strikt gegen Arbeitszeiterhöhung und Personalabbau

Kanzler Faymann sitzt offensichtlich in der Klemme und lenkt mit LehrerInnen-Bashing von der eigenen und der Unfähigkeit der ganzen Bundesregierung ab

Das ist kein Aprilscherz: „Würde man ein neues Dienstrecht umsetzen und die Stundenzahl (der Lehrer, Anm.) massiv verändern, dann würde das für das Schulbudget eine gewisse Entlastung bringen“, so wird W. Faymann in der „Presse am Sonntag“ zitiert. Dem Bundeskanzler ist offensichtlich entgangen, dass vor gut einem Jahr ein neues Dienstrecht durchgesetzt wurde, in dem deutliche Stundenerhöhungen enthalten sind.

Es ist ein altes und schon oft wiederholtes Spiel von Regierungsmitgliedern, immer dann, wenn es für sie eng wird, von sich abzulenken und mit Stammtischparolen auf andere Berufsgruppen loszugehen. „Populistische Sprüche sind genau das, was wir nicht brauchen. Die LehrerInnen sind permanent mit neuen Herausforderungen konfrontiert: NMS, neue Reifeprüfung, Oberstufe NEU. Mit der Integration von Flüchtlingskindern werden die LehrerInnen praktisch allein gelassen. Wir können das ausbaden, was die Politik verbockt. Als Draufgabe wollen Faymann und Schelling auch noch auf unsere Kosten sparen,“ stellt **Gerhard Rüdissner**, Obmann der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft UBG, fest.

„Die Vorarlberger LehrerInnen haben in den vergangenen Jahren mit eindrucksvollen Kundgebungen klare Zeichen gesetzt, dass sie eine Arbeitszeiterhöhung nicht akzeptieren werden. Alle Schultypen brauchen eine bessere Finanzierung, mehr Geld und mehr Personal. Das öffentliche Schulwesen braucht Investitionen in die Zukunft, es muss ausgebaut und gestärkt werden“ fordert der Obmann der Vorarlberger LehrerInnen-Initiative, Gerhard Pušnik.

„Es reicht nicht, zu ‚toben‘ und von ‚Affront und riesengroßer Sauerei‘ zu reden, wie das die schwarzen Vorsitzenden machen. Die Gewerkschaften sind gefordert zu handeln. Es ist dringend notwendig, nicht nur in den Gremien zu jammern, sondern konkrete Kampfmaßnahmen gegen die unzumutbaren Belastungen und gegen den Crashkurs gegen das öffentliche Bildungswesen vorzubereiten. Die unabhängigen GewerkschafterInnen treten für einen fraktionsübergreifenden Schulterschluss gegen diese Bundesregierung ein. Vor allem Finanzminister Schellings ungezügelter, unsozialer und neoliberaler Budgetpolitik müssen endlich Grenzen gesetzt werden“, betont der VLI-BMHS-Vorsitzende Manfred Sparr.

Mit dem neuen LehrerInnen Dienstrecht wurde die Lehrverpflichtung in AHS und BMHS drastisch erhöht. Teilzentrale Reifeprüfung, Themenpool und VWA haben zu zusätzlicher Arbeitsbelastung geführt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass auch durch die Oberstufe NEU zusätzliche unbezahlte Arbeit anfällt.

Wir fordern Finanzminister Schelling (ÖVP) auf, die nötigen Mittel bereitzustellen um das strukturelle Budgetloch im Bildungsministerium endlich zu schließen.

Rückfragehinweis:

Gerhard Rüdissner, Obmann (UBG), gerhard.ruedisser@vol.at 0664 – 2116192

Gerhard Pušnik, Obmann (VLI), vli.pusnik@gmail.com 0664 - 3918646